

Übersetzung der verabschiedeten Parteitagsresolution

Die EU und die Europäer*innen können mehr für Flüchtlinge tun

Die bewaffneten Konflikte im Nahen Osten, insbesondere in Syrien und im Irak, aber auch in Libyen, Afghanistan und Somalia, sowie die schwierige Situation in Eritrea und das Fehlen einer ernstzunehmenden kurz- oder mittelfristigen Lösungsperspektive hat im Jahr 2015 zu einer erhöhten Zahl von Flüchtlingen in der Europäischen Union (EU) geführt. Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben auf diese Entwicklung auf unterschiedliche, oft kontroverse Weise reagiert. Die Ereignisse haben die tiefe Spaltung und den unzureichenden Willen der EU-Regierungen der Mitgliedstaaten deutlich gemacht, zusammen zu arbeiten, um sich der Realität von Flüchtlingen und Migranten zu stellen.

Wir verurteilen den grassierenden populistischen Diskurs gegen Flüchtlinge und Migrant*innen und seine wachsende Einwirkung auf etablierte politische Kräfte. Auf der anderen Seite sind wir überzeugt, dass die erhöhte Zahl der Flüchtlinge eine Herausforderung darstellt, aber dass es der EU möglich ist, damit in einer humanen und angemessenen Art und Weise umzugehen, wenn die richtigen Maßnahmen umgesetzt und Ressourcen seitens der EU und der nationalen Regierungen bereitgestellt werden. Geschieht dies nicht, würde das zu einer Vertiefung der Spaltung und der Spannungen innerhalb unserer Gesellschaften führen; es würde zur Schaffung neuer physischer und emotionaler Grenzen zwischen und innerhalb unserer Länder beitragen.

Leider scheitern viele Regierungen daran, dieses Risiko zu anzuerkennen; sie erhalten die Illusion aufrecht, diesen Prozess mithilfe von Unterdrückung, umständlichen Verfahren, Zäunen und offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen stoppen zu können. Dieser kurzsichtige Ansatz hat im Laufe der Jahre dazu geführt, dass Prioritäten falsch gesetzt wurden und Ressourcen nur in unzureichendem Maße für positive Maßnahmen zur Verfügung gestellt wurde. Diese Maßnahmen füllen heute nicht nur die Taschen der Schmuggler und kriminellen Banden, sondern auf viel tragischere Weise kosten sie das Leben Tausender unschuldiger Menschen. Die rechtliche Verpflichtung zum Schutz von Menschen in Gefahr wird dadurch zu einer bedingten Option, deren Ergreifung rein vom guten Willen der Regierungen abhängt. Das schafft enormen politischen und medialen Raum für fremdenfeindliche Tendenzen und rechtsextreme Kräfte und Gruppen, die damit an die Menschen herantreten und versuchen ihre Ängste auszunützen und zu verschärfen. Die Abschaffung von Schengen oder die Externalisierung der Verwaltung der Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen sind keine akzeptable Antworten. Sie führen auch zu einer unterschiedslosen Abschottung vor Migration und Niederlassung von Bürgern aus Drittländern, die nicht vor Krieg und Verfolgung fliehen; einer Abschottung, die keine Rücksicht auf die positiven wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen nimmt, die sie in vielen EU-Ländern haben.

Wir verurteilen erneut auf Stärkste jegliche Form von Menschenrechtsverletzungen gegenüber denen, die Zuflucht suchen, insbesondere Gewalttaten, ungerechtfertigte Nötigungen und willkürliche Inhaftierungen, wie sie in zahlreichen europäischen Ländern mehr und mehr zur Routine werden. Dies ist eine Situation, die wir als Europäer nicht dulden können und dürfen.

Im Gegensatz zu den ineffizienten, unzureichenden und häufig falschen Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten sind wir ermutigt angesichts der überwältigenden Solidarität von Bürgern und der Zivilgesellschaft, wie sie in vielen Teilen Europas sichtbar wird, innerhalb und außerhalb der EU. Wir sind bewegt von der Art und Weise, mit der viele, beispielsweise deutsche Bürger*innen, lokale und regionale Behörden, die Herausforderung annehmen, die Flüchtlinge willkommen zu heißen statt ihnen die Türen zu verschließen. Wir loben diejenigen, die Zeit und Mühe investieren, um mangelnde Ressourcen und mangelnden Willen der meisten EU-Regierungen zu überwinden, aber wir wissen, dass dies nicht genug ist. Wir sind überzeugt, dass Europa diese Herausforderungen bewältigen und passende Lösungen finden kann, aber wir brauchen eine tiefe und rasche Änderung der Haltung, der Politik und der Prioritäten in der Art und Weise, in der die EU und ihre Mitgliedstaaten mit der Migration und dem Flüchtlingsschutz umgehen. Um

Übersetzung der verabschiedeten Parteitage-Resolution

es in einem Satz zu sagen: wir müssen Solidarität mit konkrete Maßnahmen verbinden, wohl wissend, welch riesige Herausforderungen dies ist für unsere Gesellschaften darstellt.

Die Resolution bekräftigend, die die Europäische Grüne Partei auf ihrem Parteitag in Zagreb (Mai 2015) gefasst hat,

1. Wiederholt sie mit Nachdruck, dass alle europäischen Staaten Verpflichtungen nicht nur gegenüber Flüchtlingen gemäß der 1951 Flüchtlingskonvention eingegangen sind, sondern auch gegenüber denjenigen, die gemäß internationaler Menschenrechtsnormen und internationalen Gewohnheitsrechts geschützt sind; sie erinnert die Mitgliedstaaten an ihre strikte Verpflichtung, den Grundsatz der Nichtzurückweisung zu respektieren.
2. ist sie der Auffassung, dass es möglich und notwendig ist, fortbestehendes Leid zu lindern und den inakzeptablen Verlust von Menschenleben zu vermeiden durch: die schnelle Einrichtung sicherer und legaler Einreisewege für Flüchtlinge; konkrete Maßnahmen wie die Ausgabe humanitärer Visa; die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Transportunternehmen wie in der EU-Richtlinie 51/2001; die Visabefreiung für Syrer; die Einrichtung humanitärer Korridore; eine bessere Finanzierung und einfachere Implementierung von Maßnahmen wie der Familienzusammenführung; eine humanitäre Europäische Such- und Rettungsaktion, die in internationalen Gewässern agieren kann und mit einem entsprechenden Budget wie dem für Mare Nostrum ausgestattet ist; sowie die Organisation eines substantiellen Neuansiedlungsprogramms. Diese Maßnahmen würden die Notwendigkeit der Schutzsuchenden verringern, gefährliche Reisen zu unternehmen und dabei ihr Leben in Gefahr bringen. Sie lehnt die Politik ab, im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (CSDP) militärische Operation gegen Schmuggler im Mittelmeer einschließlich der libyschen Gewässer und gar auf libyschem Boden durchzuführen.
3. fordert sie die Stärkung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (CEAS), um die Behandlung von Asylanträgen ankommender Flüchtlingen fair und kohärent durchzuführen, ihnen dabei angemessenen Wohnraum anbietend und ihre Rechte während, und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit einer Ausbildung oder eines Job gebend, wobei Frauen und Kinder, da sie besonders gefährdete Gruppen darstellen, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.
4. ist sie der Auffassung, dass insbesondere aufgrund der Tatsache, dass Frauen auf ihrer Reise möglicherweise spezifischen Situationen wie sexueller Gewalt ausgesetzt waren, die lokalen und nationalen Behörden spezielle Programme implementieren müssen, um angemessene Kinderbetreuung sicherzustellen, so dass Frauen und insbesondere Mütter medizinische Hilfe erhalten und dass sie die nötige Zeit finden, juristische Hilfe bei der Einreichung ihrer Papiere zu erfahren.
5. ist sie der Auffassung, dass ein einheitliches Asylsystem auch die Fragmentierung und die divergierende Anwendung der Asylgesetzgebung unter den Mitgliedstaaten beenden wird. Sie betrachtet aus Menschenrechtsperspektive das System der Auflistung sicherer Herkunftsländer als höchst problematisch. Sie fordert im Rahmen der fortschreitenden Implementierung eines einheitlichen Systems die gegenseitigen Anerkennung positiver Asylentscheidungen, um anerkannten Flüchtlingen die Bewegungsfreiheit sowie die Übertragung eines internationalen Schutzstatus innerhalb der EU zu ermöglichen.
6. fordert sie die Einrichtung eines permanenten und verbindlichen Verteilungsschlüssels auf EU-Ebene, welcher die Wünsche der Flüchtlinge vor allem in Bezug auf Sprache, Gemeinschaft und Familienbande, die Größe der Gesamtbevölkerung und den Wohlstand der Mitgliedstaaten (BIP) sowie die derzeitigen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Anzahl Eintreffen und Fluchtziel von Flüchtlingen. Als Übergangsmaßnahme begrüßen wir den Vorschlag eines dauerhaften Umverteilungsmechanismus für Notfälle und die Entscheidung, 160.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland umzuverteilen, aber halten die Anzahl der betroffenen

Übersetzung der verabschiedeten Parteitagsresolution

- Personen in keiner Weise für ausreichend. Außerdem darf dies nicht als Vorwand gelten, die unverzichtbare Reform der Dublin-Verordnung hinauszuzögern.
7. ist sie davon überzeugt, dass die EU eine besondere Verantwortung dafür trägt, die notwendigen Ressourcen für eine Umverteilung bereit zu stellen und die Haushaltsauflagen einiger Mitgliedstaaten zu überdenken, um eine würdevolle Unterstützung von Migrant*innen und Flüchtlingen zu ermöglichen.
 8. fordert sie alle EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Zusagen an politischer, finanzieller und administrativer Unterstützung ernst zu nehmen. Dies beinhaltet die Zusage, die Lage der Flüchtlinge in ihren Heimatländern oder in Ländern in der Nachbarschaft zu verbessern. So hat der Libanon mehr Flüchtlinge aufgenommen als die gesamte EU: über 1,8 Millionen Flüchtlinge aus Syrien, zusätzlich zu den 450.000 palästinensischen Flüchtlinge, insgesamt also mehr als 2,25 Millionen Menschen.
 9. Bedenkend, dass die Transitländer aufgrund der erhöhten Zahl von Flüchtlingen finanzielle Unterstützung erfahren müssen, vor allem die Nachbarländer Syriens, bestehen wir darauf, dass eine solche Vereinbarungen nicht zur stillschweigenden Hinnahme von Misshandlung oder Menschenrechtsverletzungen in solchen Ländern führen darf; wir sind insbesondere besorgt über das Abkommen mit der Türkei, das Präsident Erdogan politische Unterstützung im Gegenzug für den Stopp von Flüchtlingen anbietet.
 10. ist sie der Auffassung, dass die Einrichtung sogenannter "hot spots" in Griechenland und Italien unter der Anwesenheit von EU-Experten, Europol, FRONTEX und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asyl (European Asylum Support Office) eine positive Rolle spielen kann, wenn und nur so wenn eine substantielle und rasche Umsiedlung von diesen Hotspots in die EU-Länder erfolgt. Sie ist besorgt darüber, dass diese "Hotspots" zu Deportations- und Haftanstalten werden könnten, wie von einigen Mitgliedstaaten offen vorgesehen.
 11. verurteilt sie die oft entsetzlichen Bedingungen für Migranten und Flüchtlinge in den Lagern unter anderem in Frankreich (Calais), Italien, Griechenland, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Bulgarien, die vor allem von einer sehr ineffizient Bearbeitung der Asylanträge herrührt; wir sind davon überzeugt, dass in vielen Ländern eine tiefgehende Reform nationaler Bestimmungen und Verfahren notwendig ist; fordert sie die Kommission auf, Druck auf nicht die Bestimmungen befolgende Staaten auszuüben und diejenigen finanziell zu unterstützen, die ihre Aufnahmeeinrichtungen erweitern und verbessern wollen.
 12. wendet sie sich entschieden gegen die Absicht verschiedenen Mitgliedstaaten, die Verwaltung des Zustroms an Flüchtlingen und die Herausforderungen an die innere Sicherheit mit der Wiederherstellung systematischer Binnengrenzkontrollen im Schengen-Raum zu verknüpfen. Einer der erfolgreichsten und sichtbarsten Errungenschaften der EU, die Bewegungsfreiheit, aufzugeben und personelle und finanzielle Ressourcen mit dem Bau von Zäunen zu verschleudern wird uns weder sicherer machen, noch wird es die wachsende Anzahl von Menschen stoppen, die vor Krieg, Armut oder Klimakatastrophen flüchten.
 13. Wir sind überzeugt, dass nur stabile Lösungen für die derzeitigen Konflikte (vor allem) durch diplomatischen Anstrengungen unter Einbeziehung aller Parteien einschließlich der EU, eine nachhaltige Entwicklungspolitik und ein deutliches Bekenntnis zum 0,7-Ziel, ein vollständiger Richtungswechsel in den EU-Agrar- und Handelsprioritäten, insbesondere hinsichtlich des Waffenhandels, sowie einer verstärkte Hinwendung und Vereinheitlichung der Außenpolitiken der EU-Mitgliedsstaaten insbesondere in Bezug auf militärische Interventionen, ein ernsthaftes Bekenntnis gegen den Klimawandel sowie die Unterstützung von Linderungs- und Anpassungsmaßnahmen, die Lebensbedingungen in Ländern des globalen Südens akzeptabler machen können.

Übersetzung der verabschiedeten Parteitage resolution

14. Darüber hinaus halten wir eine ehrliche Bewertung der Konsequenzen vergangener und gegenwärtiger militärischer Interventionen vor allem durch die NATO und einige EU-Mitgliedsstaaten in Konfliktgebieten für notwendig. Wir betonen, dass jede militärische Intervention strikt mit dem Völkerrecht vereinbar sein muss. Wir fordern eine drastische Revision der europäischen Rüstungsexportpolitik.

/ Massgeblich ist die [englische Fassung](#)